

ANTWORTEN
von
Fritz Kuhn
(WK Heidelberg)



Der Fragenkatalog, auf den sich die Antworten beziehen, ist nachzulesen unter <http://www.gjbw.de/index.php?id=2028>

1. Mein Verhältnis zur Grünen Jugend ist locker und produktiv. Manchmal nervt die Grüne Jugend – aber das ist auch gut so. Und manchmal bringt sie neue Ideen, die wir dringend brauchen.
2. Ich bin 53 Jahre alt. Man muss nicht zwingend jung sein, um Politik für junge Menschen zu machen: Es gibt Ältere, die mächtig Power und Schwung haben – und es gibt Junge, die ganz schön gesetzt und altbacken auftreten und agieren. Eine der wichtigsten grünen Leitideen ist die Generationengerechtigkeit. Alle grünen Werte und Reformen, für die ich mich einsetze, sind Investitionen in die nächsten Generationen. Gerade deshalb ist es wichtig, so viele der jungen Generation wie möglich in die Reformarbeit einzubeziehen. Nicht zuletzt habe ich selbst zwei Söhne, mit denen die täglichen Gespräche und Auseinandersetzungen spannend und hilfreich für meine Arbeit sind. Sie schärfen meinen Blick für die Belange und Probleme der jungen Generation.
3. Die Politik muss in Projekten näher ran an die Lebenswelt und an die Wünsche der jungen Menschen. Das klassische Parteiengagement wird mehr und mehr abgelöst durch projektorientierte Arbeit. Wenn unsere Politik relevante Themen für junge Menschen verständlich und glaubwürdig darstellt, dann können wir junge Menschen auch begeistern. Von der ganzen Jammerei über die angebliche Politikferne der Jungen halte ich nix.
4. - Festhalten am beschlossenen Atomausstieg
- Keine Unterstützung der Agro-Gentechnik
- Erhöhung der Regelsätze beim ALG II
- Stärkere Regulierung der Finanzmärkte (u.a. Stärkung der deutschen Finanzaufsicht BaFin, Einführung einer Börsenumsatzsteuer).
5. Wir Grüne waren Vorreiter/innen bei der Besetzung von Ämtern und Positionen mit Frauen

und bei der Durchsetzung einer geschlechtergerechten Sprache. Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist jedoch noch lange nicht verwirklicht. Wir brauchen Förderprogramme, Quotierungen und Mentoring-Programme für mehr Frauen in Spitzenpositionen und die gerechte Besetzung von Mandaten und Ämtern. Die Einführung von Quoten zur Verbesserung der Gleichstellung von Frauen sowie zur besseren Förderung des weiblichen Nachwuchses sind unerlässlich, ebenso die Förderung und Auszeichnung von Unternehmen, die sich aktiv und erfolgreich für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzen. Dies sind nur ein paar Beispiele für die Gleichstellung. Genauso wichtig ist die Überwindung von festgefahrenen Rollenbildern schon in Kindergarten und Schule. Und nicht zuletzt müssen wir für die alte Forderung weiterkämpfen: gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

6. Die von Rot-Grün eingeleitete rechtliche Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften geht unter der Großen Koalition nur noch im Zeitlupe vorwärts. Die Möglichkeiten zum Abbau von Ungleichbehandlungen (etwa bei der Einkommen- und der Erbschaftssteuer oder beim Adoptionsrecht) werden leider nicht genutzt. Nicht zuletzt in diesen Bereichen brauchen wir aber wirkliche Gleichstellung der Lebenspartnerschaften mit der Ehe. So lässt sich beispielsweise das Festhalten an unterschiedlichen Steuerklassen für Lebenspartner/innen niemandem überzeugend erklären.
7. Die von uns auf der BDK in Nürnberg beschlossene soziale Grundsicherung ist ein wichtiger Schritt in die Zukunft. Mit unserer bedarfsorientierten Grundsicherung wollen wir den Zugang zum Arbeitsmarkt und zu öffentlichen Gütern (v.a. Bildung) für alle sichern bzw. wieder herstellen und allen Menschen die Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Eine zentrale Gerechtigkeitsfrage ist für mich die Einführung von Mindestlöhnen. Wir müssen Geringverdiener vor Armut trotz Arbeit schützen. Das allein reicht aber nicht aus. Ein weiterer Baustein für die Reform der sozialen Sicherung ist das grüne Progressivmodell. Damit für Beschäftigte mit kleinem Einkommen aber mehr Netto vom Brutto übrigbleibt, müssen wir die Sozialabgaben senken. Unser Progressiv-Modell für die Lohnnebenkosten entlastet alle, die mit ihrer Arbeit nur ein geringes Einkommen erzielen. Heutzutage entscheidet Bildung über Teilhabe oder Ausgrenzung. Unser Bildungssystem benachteiligt systematisch Kinder aus bildungsfernen und einkommensarmen Haushalten. Wir brauchen endlich eine klare und eindeutige Prioritätensetzung für Bildung, mehr finanzielle Anstrengungen und vor allem Strukturreformen.
8. Der Kern der Lösung heißt für mich Energieeinsparung und Energieeffizienz! Wir müssen den möglichst effizienten Umgang mit allen Energieträgern sowie die Einsparung von Ressourcen fördern und unterstützen. Hierzu haben wir u.a. den Energiespar-Bonus beschlossen. Hiermit sollen Privathaushalte beim Energiesparen finanziell unterstützt werden und jede/r kann die individuellen Energiekosten senken. Zudem erreichen wir eine deutliche Nachfragesteigerung nach energieeffizienten Produkten. Um kurzfristig eine

Linderung der gestiegenen Kosten gerade für einkommensschwache Menschen zu erreichen, ist die von uns schon länger geforderte Erhöhung des ALG II-Satzes dringend erforderlich.

9. Zur Umsetzung unseres grünen, vielschichtigen Gerechtigkeitsbegriffs (Geschlechter-, Teilhabe-, Generationen-, Verteilungs- und Internationale Gerechtigkeit) brauchen wir vor allem eins: Rücksicht, Wachsamkeit und kluge Reformen. Die Gerechtigkeitsfrage zieht sich durch alle Politikfelder. Dabei geht es z.B. um den Zugang zu Bildung für alle Menschen (wie oben beschrieben), um eine Haushaltspolitik, die unser Leben nicht auf Kosten nachfolgender Generationen finanziert, aber auch darum, die Globalisierung gerecht zu gestalten.

Gerechtigkeit heißt für mich ebenfalls, dass wir den Märkten klare Regeln setzen. Wir wollen keinen Nachwächterstaat, der etwa die Finanzmärkte einfach gewähren lässt, damit diese die Gewinne privatisieren, Verluste aber – wie gerade zu beobachten - sozialisieren. Es ist eine Gerechtigkeitsfrage, dass Geld für Kitas und Schulen nicht da ist, Banken aber mit Milliarden über Nacht gestützt werden müssen. Darum brauchen wir mehr Regulierung und mehr Transparenz auf den Finanzmärkten, eine Ausweitung der Managerhaftung und die Beschränkung ihrer Gehälter.

10. Auch wenn ich als Kriegsdienstverweigerer es – wie wohl viele andere auch – für am besten halten würde, wenn man überhaupt keine Armee bräuchte, so muss ich doch anerkennen, dass dies allenfalls eine ferne Vision ist und den Realitäten in der Welt nicht gerecht wird. Eine „grüne Armee“ wäre deshalb für mich eine kleine, gut ausgebildete und ausgerüstete sowie effizient strukturierte Bundeswehr eingebettet in europäische Strukturen. Für ein solches Militär braucht es keine Wehrpflicht – sie muss abgeschafft werden. Eine „grüne Armee“ muss in der Lage sein, sowohl die Aufgaben der Landesverteidigung wahrzunehmen als auch sich an Friedensmissionen und bei der Absicherung von zivilem Aufbau zu beteiligen, denen wir uns im Rahmen der internationalen Verpflichtungen Deutschlands nicht entziehen dürfen. Dabei ist für mich völlig klar, dass zivile Mittel immer Vorrang vor militärischen haben müssen und deshalb ein deutlicher Ausbau der zivilen Ursachen- und Krisenprävention von enormer Bedeutung ist.